

# „Wir bekämpfen nicht den Reichtum. Wir

Der Sozialverband VdK Deutschland e.V. vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund zwei Millionen Mitgliedern. Traditionell tritt er für einen starken Sozialstaat ein. Geführt wird er von der ehemaligen Biathletin und Skilangläuferin Verena Bentele. *bdvb* Präsident Willi Rugen traf die VdK-Präsidentin, vierfache Weltmeisterin und zwölfmalige Paralympics-Siegerin zum Gespräch.

***bdvb aktuell:*** Frau Bentele, Herr Rugen, wir treffen uns leider unter anderen Vorzeichen als gedacht. Es herrscht Krieg, mitten in Europa. Wie gehen Sie damit um?

**Willi Rugen:** Mich berührt die aktuelle Situation sehr. Krieg bringt unfassbares Elend, auf allen Seiten. An meiner Familie kann man gut sehen, was der zweite Weltkrieg bedeutet hat. Mein Vater war kriegsversehrt, sein jüngerer Bruder ist gefallen, sein älterer Bruder blieb nach einer Verletzung nahezu vollständig gelähmt und meine Mutter musste aus Polen vor den russischen Truppen fliehen. Das hat mich ein Stück weit geprägt. Es ist schlimm, ähnliches Leid aus der Ferne zu betrachten.

**Verena Bentele:** Mir geht es ähnlich. Meine Großmutter wurde ausgebombt, mein Onkel kehrte aus russischer Gefangenschaft mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung zurück. Auch mich belastet die Situation. Umso mehr, als ich es in einer Mischung aus Hoffnung, Überzeugung, Naivität oder vielleicht sogar Verdrängung als selbstverständlich angesehen habe, dass wir so etwas nicht mehr erleben würden.

*Der VdK wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Selbsthilfeorganisation gegründet. Seine Geschichte hat durch den Krieg in der Ukraine traurige Aktualität erlangt...*

**Verena Bentele:** Das stimmt, der VdK wurde als Selbsthilfeorganisation von Menschen für Menschen gegründet. Versehrte, Kriegswaisen, Hinterbliebene haben sich in ihm zusammengeschlossen, um Verbesserungen für diejenigen zu erreichen, die Elend erfahren haben. Es ging beispielsweise um das Erstreiten von Hilfsmitteln wie Prothesen oder von Renten. Deswegen treibt uns die derzeitige Situation besonders um. Mein erstes Statement nach dem Angriff Russlands auf die Uk-

raine war, dass ich eigentlich gehofft hatte, ein Verband wie der VdK müsse sich nie wieder mit der Intention gründen, Kriegsfolgen zu lindern. Denn selbst ohne Krieg haben wir genügend soziale Herausforderungen zu meistern.

**Willi Rugen:** Und die Aufgaben werden, wenn ich das hinzufügen darf, infolge des Krieges nochmals anspruchsvoller. Ganz akut muss sich unser Gemeinwesen, müssen wir uns als Ökonomen, mit stark steigenden Energiekosten und ihren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft auseinandersetzen, mit einer angeheizten Inflation und gestörten Lieferketten und Engpässen in der globalen Grundversorgung.

*Was bedeutet das für die Mitglieder des VdK? Und wie können wir der Ukraine helfen?*

**Verena Bentele:** Die von Herrn Rugen angesprochenen steigenden Energiekosten gehören zu unseren zentralen Themen der vergangenen Monate. Die aktuellen Erhöhungen verschärfen ein vorhandenes Problem dramatisch. Viele unserer Mitglieder haben niedrige Renten, sind erwerbsgemindert, leben von Grundsicherung oder arbeiten als Alleinerziehende in Teilzeit. In Deutschland gibt es viele Menschen, die viel arbeiten, aber wenig haben. Sie mussten sich schon vor den extrem steigenden Energiekosten oft zwischen der warmen Wohnung und einem Essen entscheiden. Abgesehen hiervon sehe ich drei Prioritäten: Zunächst das Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen. Als Verband appellieren wir natürlich vor allem an alle politisch Verantwortlichen, sich für den Frieden einzusetzen. Zweitens, Möglichkeiten zu schaffen, sicher vor Kampfhandlungen zu fliehen und Müttern mit Kindern sowie älteren, geschwächten oder eingeschränkten Menschen dabei zu helfen, die Flucht zu be-



# kämpfen gegen Armut.“

wältigen. Drittens müssen wir unsere Institutionen und die Zivilgesellschaft gut und faktenbasiert informieren. Wir sehen ja seit einiger Zeit die Versuche, durch gezielte Desinformation auch westliche Gesellschaften zu destabilisieren.

*Bleiben wir bei den Energiekosten. Tut die Regierung hier genug?*

**Verena Bentele:** Beim Wohngeld und beim BaföG gibt es einen Einmalzuschuss zu den Heizkosten in Höhe von 270 Euro pro Person, etwas mehr für Paarhaushalte und Familien mit Kindern. Das begrüßen wir. Doch wenn man sich ehrlich macht, ist das heute ein sehr kleiner Tropfen auf einem sehr heißen Stein.

**Willi Rugen:** Klar ist: Wir haben uns im Bereich Energie in Abhängigkeiten begeben und stehen nun konsterniert vor einem Scherbenhaufen. Ich denke aber, der politische Wille, die Folgen für den Einzelnen abzufedern, ist gegeben. Aus ökonomischer Sicht betrachtet scheinen mir individuelle Zuschüsse der richtige Weg zu sein. Es wäre wenig zielführend, Benzin- oder Energiepreise zu deckeln. Das würde den ökonomisch vernünftigen Impuls verhindern, mit wertvollen Ressourcen sparsam umzugehen.

**Verena Bentele:** Im Grunde stehen wir immer vor der gleichen Abwägung: Wollen wir individuell helfen und das Risiko eingehen, dass die Hilfe nicht alle Bedürftigen oder Berechtigten erreicht? Oder entlasten wir alle und damit

auch die unter uns, die es nicht so sehr nötig haben.

*Als Beispiel der von Ihnen angesprochene Heizkostenzuschuss war ja eine individuelle Leistung. Hat er nicht alle erreicht?*

**Verena Bentele:** Davon ist auszugehen. Der Heizkostenzuschuss wird allen gewährt, die zwischen Oktober 2021 und März 2022 mindestens einen Monat Wohngeld beantragt hatten. Doch es gibt viele Menschen, auch bei uns im VdK, die trotz extrem knappen Budgets und einer Anspruchsberechtigung kein Wohngeld beantragen. Gerade Rentner und Rentnerinnen sagen uns in der Beratung häufig, sie wollten nicht zum Amt gehen, weil sie das ganze



Leben gearbeitet hätten und die Nachbarn nichts mitbekommen sollen.

*Also doch breit bezuschussen? Energiepreise deckeln?*

**Verena Bentele:** Realistisch betrachtet wird es hierzu vermutlich nicht kommen. Der Weg wird eher sein, weiter zielgenau zu helfen. Die Politik ist allerdings in der Pflicht, einen Mechanismus einzuführen, der mehr Menschen tatsächlich erreicht, der sich eben nicht am Wohngeld orientiert. Die Armutsschere hat sich während der Corona-Krise in Deutschland weiter geöffnet, wir müssen alles dafür tun, dass sich dies nun nicht wiederholt. Menschen, die mehr zu geben in der Lage sind, müssen auch in Krisenzeiten mehr beitragen.

**Willi Rugen:** Wenn wir über Armutsschere sprechen, dürfen wir die Altersvorsorge nicht vergessen. Als Verband organisieren wir jedes Jahr eine Debatte über das Jahresgutachten des Sachverständigenrats und im November konnten wir zum ersten Mal die Analysen des SVR mit dem Koalitionsvertrag einer neuen Regierung vergleichen. Die gute Nachricht: Eine Reihe von Empfehlungen findet sich im Programm der neuen Regierung. Ein anderer Teil ist meiner Ansicht nach unterrepräsentiert – der der Altersversorgung. Dazu steht zu wenig Konkretes drin, lediglich Haltelinien wurden definiert, die sich vermutlich nicht aufrechterhalten lassen.

**Verena Bentele:** Ja, es gibt gute Ansätze. Etwa die Ankündigung von Verbesserungen für Menschen mit Erwerbsminderung – hier war-

ten wir gespannt auf konkrete Vorschläge. Aus meiner Sicht, da Sie die Rente ansprechen, hat dieser Koalitionsvertrag aber leider eine wichtige Chance vertan: den Einstieg in die gesetzliche Rente und Sozialversicherung für alle. Die Ampelkoalition will zwar eine Pflichtversicherung für Selbstständige, allerdings mit der Möglichkeit des Opt-Outs. Doch was ist, wenn die private fondsbasierte Versicherung ausfällt? Dann muss die Grundsicherung im Alter doch von der Allgemeinheit finanziert werden. Die Einbeziehung aller – auch von Selbstständigen und Beamten – ist aus Sicht des VdK nach wie vor einer der wichtigsten Hebel, um die Systeme zu stabilisieren. Außerdem hätten wir uns eine höhere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften gewünscht.

*Besteht das Grundproblem bei der Rente nicht darin, dass eine hohe Anzahl von Leistungsempfängern einer immer niedrigeren Zahl von Einzahlenden gegenübersteht?*

**Willi Rugen:** Die Gleichung, dass die Kinder die Rente für die Eltern erwirtschaften, geht jedenfalls nicht mehr auf. Die Basis der gesetzlichen Versicherung zu verbreitern ist ein Schritt, der kurzfristig zusätzliche Einnahmen in die Sozial- und Rentenkassen spült. Aber gleichzeitig entstehen neue Ansprüche. Nun könnte man natürlich das Rentenalter weiter erhöhen – meiner Ansicht nach wird man hierum irgendwann nicht mehr herumkommen. Allerdings brauchen wir meines Erachtens flankierend einen Einstieg in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge, um generationsübergreifend nachhaltig zu werden.

**Verena Bentele:** Das Thema der Lebensarbeitszeit sehen wir kritisch. Schon jetzt erreichen viele Menschen das hohe Renteneintrittsalter nicht – und das ausgerechnet in den ohnehin harten und schlecht bezahlten Jobs. Viele unserer Mitglieder sind gezwungen, aus gesundheitlichen Gründen früher in Rente zu gehen und Abschlüsse in Kauf zu nehmen. Eine pauschale Verlängerung der Lebensarbeitszeit wäre eine Rentenkürzung für die, die ohnehin zu wenig haben. Die Möglichkeit, freiwillig länger zu arbeiten, gibt es heute schon, und das ist gut so, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

*Und die von Herrn Rugen angesprochene kapitalgedeckte Rentenversicherung?*

**Verena Bentele:** Wir wissen von entsprechenden Initiativen der Vergangenheit, dass man mit so etwas grandios scheitern kann. Die Riester-Rente hat bestenfalls der Versicherungswirtschaft etwas gebracht. Die Rentenversicherung muss als solidarisches System eine gute, Existenz sichernde Basis darstellen. Wer dann noch freiwillig investieren möchte, der sollte dies in vom Staat gemanagten Fonds tun können und nicht in Fonds aus den Händen privater Gesellschaften oder Versicherer.

**Willi Rugen:** Die Debatte ist meiner Ansicht nach tatsächlich schon weiter. Die Fonds, die aktuell entstehen, werden zwar von Profis aufgelegt und privatwirtschaftlich gemanagt, doch sie sind staatlich reguliert und überwacht. Ich denke, dass das ein guter Weg ist. In jedem Fall braucht es dafür sehr viel mehr Kapital. So etwas kann man ohnehin nicht über Nacht aufbauen, das wird eine Generation dauern. Aber den Einstieg sollten wir finden.

*Ein anderes Thema von nicht minderer Wichtigkeit ist ein gerechter Lohn: Im Oktober soll der Mindestlohn erhöht werden. Wird das etwas verbessern?*

**Verena Bentele:** Es ist ein großes gesellschaftliches Problem, wenn Menschen ein Leben lang in dem Wissen arbeiten, dass sie hinterher auf Grundsicherung angewiesen sein werden. Deshalb fordern wir seit Langem einen Mindestlohn von mindestens 13 Euro. Das ist der Betrag, der nach unseren Berechnungen eine Rente oberhalb der Grundsicherung erwirtschaftet. Für uns ist das ein Muss, weil sich Deutschland leider noch immer einen stark ausgeprägten Niedriglohnssektor leistet und das Minijob-Modell sich entgegen den Erwartungen nicht als Einstieg in bessere Beschäftigungsverhältnisse erwiesen hat. Nicht zu vergessen: Hätten wir Löhne, die auskömmliche Renten sicherstellen, könnten wir uns viele administrative Aufwände für Sozialleistungen sparen. Gleiches gilt für die Kindergrundsicherung: Warum sorgen wir nicht ein-

fach dafür, dass die Eltern einen Lohn erhalten, der sie überflüssig macht? Wir bekämpfen nicht den Reichtum. Wir kämpfen gegen Armut.

**Willi Rugen:** Ich finde lediglich problematisch, wie der neue Mindestlohn zustande gekommen ist. Die Kommission zu umgehen, halte ich nach wie vor für fragwürdig. In der Sache sind wir gar nicht auseinander. Ein Mindestlohn, wie wir ihn nun bekommen, wird für die Wirtschaft kein sonderliches Problem darstellen. Er funktioniert ökonomisch, einige Länder haben Mindestlöhne dieser Größenordnung oder gar höher. An der ein oder anderen Stelle mag die Erhöhung zu Verwerfungen führen, etwa weil Dienstleistungen teurer werden. Aber das wird hinzunehmen sein. Auf der anderen Seite gibt es Sektoren, in denen wir möglicherweise bereit sein müssen, noch deutlich mehr zu zahlen – schlicht, damit sich für gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten – Beispiel Pflegeberufe – ausreichend Menschen finden.

**Verena Bentele:** Das ist richtig – und wir müssen zusätzlich in Betracht ziehen, dass wir solche Tätigkeiten in Ballungszentren wie Berlin, Hamburg oder München, in denen Wohnen und Leben sehr teuer ist, deutlich attraktiver machen müssen. In diesem Zusammenhang kommt zwar zwangsläufig das Argument der hohen Kosten. Doch wenn man sich anschaut, welche Ressourcen gerade wo verortet sind, stellt man fest: Im System ist viel Geld vorhanden. Wir leisten uns in Deutschland sehr viele, sehr teure Operationen, die nach Ansicht von Experten überflüssig sind. Wenn wir stattdessen therapeutische Berufe besser ausstatten und bezahlen würden und die Prävention stärken, würden wir unsere Ressourcen effizienter einsetzen und etwas für die Renten von morgen tun.

*Haben Sie Sorge, dass die derzeitigen kriegerischen Auseinandersetzungen uns Probleme bereiten werden? Die Inflation ist hoch, die Wirtschaft leidet unter den Kriegen, der Staat nimmt weniger Geld ein – gleichzeitig haben wir immense Investitionen in Klimaschutz und nun auch Rüstung zu leisten. Befürchten Sie, dass die Debatte über Gesellschafts- und Sozialpolitik schwieriger werden wird?*

**Verena Bentele:** Die Debatte ist schwierig und wird noch schwieriger werden. Es ist für Politikerinnen und Politiker sehr schwer, den Menschen unbequeme Wahrheiten zu vermitteln. Doch bei den vielen Themen, die wir aktuell diskutieren – Sondervermögen für die Bundeswehr, Klimawandel, Sozialpolitik, operieren wir mit riesigen Summen. Und selbstverständlich versucht jede Interessengruppe, ihre Pfründe zu verteidigen. Die spannende Frage ist, wie solidarisch wir uns am Ende als

Gesellschaft zeigen. Denn eines ist klar: An den Sozialleistungen kann man nicht mehr sparen. Doch es gibt ja ermutigende Signale, etwa die „Tax me now“-Initiative, in der reiche Menschen vom Staat verlangen, in höherem Maße zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen zu werden.

**Willi Rugen:** Die Bewältigung der Folgen des Klimawandels und der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft erfordern riesige Investitionen, die nur zu einem kleineren Teil aus dem Staatshaushalt gestemmt werden können. Zu 90 % werden sie von der Privatwirtschaft aufgebracht werden müssen. Um das zu erreichen, müssen unsere Regierungen klug mit dem marktwirtschaftlichen und regulatorischen Werkzeugkasten umgehen, um die Anreize richtig zu setzen. Eine konsistente Co2-Bepreisung, Differenzkontrakte und die Schaffung eines Klimaclubs sind dabei wichtige Bausteine, die auch funktionieren müssen. Nur wenn es marktwirtschaftlich klug gemacht wird, Wachstum nicht beeinträchtigt, sondern gefördert wird, sollten die Anforderungen an die öffentlichen Haushalte hoffentlich beherrschbar bleiben, unter Einhaltung der gesetzlichen Schuldenregeln.

*Vermögens- und Erbschaftssteuer sind ja regelmäßig in der Diskussion, auch gerade wieder...*

**Verena Bentele:** Das trifft zu, aber all die Diskussionen haben nie zu einer Lösung geführt.

Wir diskutieren gefühlt seit der Aussetzung der Vermögenssteuer im Jahr 1997 über ihre Wiedereinsetzung. Die Erbschaftssteuer steht ebenfalls lange auf der Agenda. Aber das sind eben genau diese unbequemen Wahrheiten. Wir brauchen auf politischer Ebene den Mut, sie auszusprechen.

**Willi Rugen:** Das deutsche Steuersystem konzentriert sich überwiegend auf die Besteuerung von Einkommen und Erträgen, nicht auf die Besteuerung von Substanz. Ein wesentlicher Grund liegt darin, die Betriebsvermögen unserer Familienunternehmen nicht anzutasten, deren Inhaber nicht einfach ein paar Aktien verkaufen können, um Vermögens- oder Erbschaftssteuerschulden zu begleichen. Die Gesamtbelastung des Steuersystems muss tragbar bleiben. Wenn man sich die Entwicklung unseres Einkommensteuersystems anschaut, finde ich den Progressionsanstieg bei mittleren Einkommen besonders bedenklich. Wenn Menschen mit z.B. 60.000 Euro Jahreseinkommen bereits wie Großverdiener besteuert werden, glaube ich, dass wir an einer kritischen Schwelle angekommen sind und bei den Leistungsträgern unserer Gesellschaft nicht immer die richtigen Anreize setzen. Wir müssen darauf achten, die Basis für eine erfolgreiche Wirtschaft nicht anzugreifen. Das bringt uns mehr, als an der ein oder anderen Stelle mehr Geld abzugreifen.

*Frau Bentele, Herr Rugen, vielen Dank für dieses Interview!*

